Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/793
06.11.2019

Verkehrsausschuss

36. Sitzung (öffentlich)

6. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Thomas Nückel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung **5**

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 2 „Der Dortmunder Hafen braucht eine nachhaltige Zukunftsperspektive! – Die Landesregierung muss die umfassende Modernisierung des westdeutschen Kanalnetzes gegenüber dem Bundesverkehrsminister mit Nachdruck einfordern“ heute nicht zu beraten.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzungsvorlage)

Änderungsanträge
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7203
Vorlage 17/2360
Vorlage 17/2650

Einzelplan 09

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stellt sein Benehmen zum Bauprogramm für das Jahr 2020 Vorlage 17/2650 fest.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den unveränderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 17/7200 sowie 17/7800 anzunehmen.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/7203 anzunehmen.

2 Der Dortmunder Hafen braucht eine nachhaltige Zukunftsperspektive! – Die Landesregierung muss die umfassende Modernisierung des westdeutschen Kanalnetzes gegenüber dem Bundesverkehrsminister mit Nachdruck einfordern 12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6751

– keine Wortbeiträge

3 Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen stärken – Wasserwege leistungsfähig halten 13

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5366

Ausschussprotokoll 17/713

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Antrag Drucksache 17/5366 anzunehmen.

4 Personelle Ausstattung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])* **16**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2572

– Wortbeiträge

5 Verschiedenes 17

– keine Wortbeiträge

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzungsvorlage)

Änderungsanträge
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN[1]

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7203
Vorlage 17/2360
Vorlage 17/2650

Einzelplan 09

Vorsitzender Thomas Nückel teilt mit, die AfD-Fraktion sehe für ihre Änderungsanträge die Befassung zu einem späteren Zeitpunkt vor, sodass man darüber heute nicht beraten werde.

Johannes Remmel (GRÜNE) weist darauf hin, die Änderungsanträge seiner Fraktion beträfen nicht die Ergänzungsvorlage, sondern den bisherigen Beratungsgegenstand. Die Ergänzungsvorlage der Landesregierung habe man noch nicht auswerten können. Gegebenenfalls müsse man die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt dann verschieben.

Vorsitzender Thomas Nückel stellt klar, die Ergänzungsvorlage werde automatisch zum Teil des Gesetzentwurfes der Landesregierung und stehe damit heute auch zur Diskussion.

Minister Hendrik Wüst (VM) betont, in der Ergänzungsvorlage gehe es ausschließlich um drei zusätzliche Stellen für das Ministerium im Zusammenhang mit der Ruhrkonferenz sowie 50 zusätzliche Stellen für den Landesbetrieb, was die Änderungsanträge der Fraktion der Grünen nach seinem Verständnis nicht berühre.

Sodann trägt **Johannes Remmel (GRÜNE)** zu den Änderungsanträgen seiner Fraktion vor, die von allen Fraktionen begrüßte Initiative „Aufbruch Fahrrad“ schon im nächsten Haushalt zu unterstützen und dafür die Bereiche „Radwegebau“ und „Radverkehr“ im Haushalt stärker voneinander abzugrenzen und besser auszustatten.

[1] Siehe Vorlage 17/2685.

Durch einen eigenen Haushaltstitel wären die Kommunen nach dem Ergebnis der Anhörung besser in der Lage, kommunale Radwege zu fördern und kommunalen Radwegebau vorzunehmen.

Außerdem müsse es im Landesbetrieb einen eigenen Bereich für Radverkehrsförderung und Radwegebau geben, weshalb man die Umschichtung von Stellen und Mitteln vorschlage.

Bei Brückensanierungen plane man bislang keine zusätzlichen Radwege ein, sondern stelle schlichtweg die Brücke wieder her, weshalb man auch dafür Mittel beantrage.

Es reiche nicht aus, Mittel im Haushalt vorzusehen, wenn man nicht zugleich auch mit Personal und der politischen Schwerpunktsetzung unterstütze. Weil die Mittel nicht intensiv genug bewirtschaftet würden, lege seine Fraktion darauf einen besonderen Schwerpunkt.

Zwar folge man beim Sozialticket nicht der Forderung der Verbände nach einer Verdoppelung der Mittel, halte gleichwohl aber eine Dynamisierung für angebracht, um auf die Kostensteigerungen zu reagieren.

Klaus Voussem (CDU) stellt positiv heraus, mit den Änderungsanträgen mache die grüne Fraktion durchaus Gegenfinanzierungsvorschläge, was nicht unbedingt dem Stil einer Oppositionsfraktion entspreche. Gleichwohl spiele sie damit Verkehrsträger gegeneinander aus; wolle sie doch Straßenbaumittel kürzen.

Die Steigerung der Mittel für den Radwegebau der letzten Haushalte schreibe man fort. Dies gelte für den Radwegebau an Landesstraßen ebenso wie für den Radschnellwegebau, um Lücken zu schließen und die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen.

Sodann verweist er auf die noch unter Rot-Grün beauftragte Potenzialanalyse „Radschnellwege in Nordrhein-Westfalen“, die beispielsweise für den Radschnellweg in der Region Bonn/Rhein-Sieg konstatiere, dass dabei die Kriterien des Landes Nordrhein-Westfalen für Radschnellwege nicht durchgängig eingehalten würden, weshalb das Konzept nicht überzeugen könne.

Von den 50 neuen Stellen würden 20 für Radwege an Brücken vorgesehen, was er für sinnvoller halte, als einseitig zulasten anderer Verkehrsträger umzuschichten.

Beim Sozialticket handele es sich um keine Vollfinanzierung, sondern um einen Zuschuss an die Verkehrsverbünde. Insofern bestehe keine Notwendigkeit, diesen Etatansatz von 40 Millionen Euro zu erhöhen.

Schwarz-Gelb setze auch weiterhin auf den Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf sowie auf die Vernetzung und Digitalisierung sowie die Reaktivierung aufgegebener Schienenstrecken. Dabei sehe man auch Mehrausgaben beim ÖPNV zum Ausbau wie auch der Finanzierung der verschiedenen Ticketsysteme vor. Das Azubiticket bezeichnet er als Erfolgsmodell.

Carsten Löcker (SPD) kündigte an, seine Fraktion werde ihre Änderungsanträge direkt in den Haushalts- und Finanzausschuss einbringen.

Sodann erwidert er Klaus Voussem, 40 Millionen Euro seien für das Sozialticket selbstverständlich nicht auskömmlich; lasse er damit die Preissteigerungen doch völlig außer Acht insbesondere mit Blick auf den Nutzerkreis, der sich die 40 Euro für ein Sozialticket sowieso schon kaum leisten könne. Generell weist er darauf hin, auch der ländliche Raum dürfe nicht zu kurz kommen. Seine Fraktion sehe noch Spielraum dafür, den Ausbau weiter voranzutreiben.

Bodo Middeldorf (FDP) stellt fest, offensichtlich müsse die SPD-Fraktion ihrer Oppositionsrolle gerecht werden, obwohl sie den schwarz-gelben Kurs an sich für richtig halte. Entscheidend sei, was tatsächlich umgesetzt werde. Die Verkehrspolitik bekomme unter Schwarz-Gelb zum Glück eine ganz andere Bedeutung: Anstatt Struktur- und Grundsatzdebatten zu führen, mache man einfach, was sich zum Beispiel an den 50 zusätzlichen Stellen zeige. Damit baue man die erforderlichen Kapazitäten und Kompetenzen auf.

Zu den Änderungsanträgen der grünen Fraktion fasst er zusammen: Man wolle nicht Radwege statt Straßen, sondern mache beides. Noch nie habe es im nordrhein-westfälischen Verkehrsetat so viele Mittel für den Radwegebau gegeben.

Indem die grüne Fraktion die Straßenbaubeiträge kürze, verfolge sie eine Strategie, die zum desaströsen Sanierungsstau geführt habe. Insofern setze man sich nachdrücklich dafür ein, dass ein großer Teil der 50 neuen Stellen für den Radwegebau eingesetzt werde. Wie dies am besten geschehe, müsse man Ministerium und Landesbetrieb als den Fachleuten überlassen.

Es handele sich zwar um eine sozialpolitisch besonders schöne Forderung, den Ansatz für das Sozialticket zu erhöhen; allerdings finanziere man das Sozialticket nicht, sondern versetze vielmehr die Verbünde in die Lage, ein vergünstigtes Sozialticket anzubieten. Dabei gebe es eine ganze Reihe Ineffizienzen bei den Verbünden auf dem Weg, bis das Geld tatsächlich vor Ort ankomme, die man zunächst beseitigen müsse, weil es sich dabei mehr oder weniger um ein schwarzes Loch handele. Anschließend werde sich viel Spielraum für Steigerungen ergeben, ohne Ansätze erhöhen zu müssen.

Andreas Keith (AfD) verweist auf die individuellen Bedürfnisse der Millionen Pendler in Nordrhein-Westfalen. Bei 300 km Stau heute Morgen mache es schlichtweg keinen Sinn, eine Abteilung zu schaffen, die sich ausschließlich um den Radwegebau kümmere. Stattdessen müsse man mehr Geld investieren, um die Straßen zu ertüchtigen und schnell und sicher zur Arbeit kommen zu können.

Darüber hinaus zeigt er sich überzeugt davon, dass die Bürger die E-Tretroller nicht annehmen würden und die Konzepte an ihren Bedürfnissen vorbeiliefen. Letztlich würden sie von Touristen genutzt, hingegen in den seltensten Fällen von Menschen auf dem Weg zur Arbeit mit einer Tasche, einem schweren Mantel usw. Ähnlich werde es

sich auch mit den Radwegen verhalten, die wohl nur für den Freizeitbereich und beispielsweise innerhalb von Städten genutzt würden. Hier bei entsprechender Jahreszeit das Auto stehen zu lassen, hielte er für sinnvoll.

Abschließend stellt er fest, seine Fraktion halte den Einzelplan 09 für ausgewogen.

Johannes Remmel (GRÜNE) beglückwünscht den Minister zu den zusätzlichen Stellen in der Ergänzungsvorlage. Dass Schwarz-Gelb den Haushalt in vielen Bereichen überhaupt so gestalten könne, liege am Engagement der rot-grünen Landesregierung, die für einen anderen Länderfinanzausgleich und eine konsolidierende Haushaltspolitik und damit erst für die heute vorhandenen Spielräume gesorgt habe.

Er bietet Klaus Voussem an, den Änderungsantrag zur Reduzierung der Mittel für den Landesstraßenneubau zurückzuziehen, wenn die Koalition dafür ihren eigenen Anspruch, mehr für die Nahmobilität zu tun, tatsächlich im Haushalt zum Ausdruck bringe und dem Radverkehr wenigstens seinen Anteil nach dem Modal Split gebe. Er betont, dabei gehe es seiner Fraktion nicht um eine ideologische Auseinandersetzung, sondern lediglich um die Gegenfinanzierung.

Bodo Middeldorf (FDP) widerspricht, Rot-Grün habe mitnichten die Grundlagen dafür gelegt, dass Schwarz-Gelb über den Länderfinanzausgleich mehr Geld zur Verfügung stehe; zumindest im nächsten Jahr gestalte man den Haushalt nämlich ohne externe Hilfe.

Andreas Keith (AfD) unterstreicht, die von ihm angesprochenen Staukilometer rührten von der mangelnden Infrastruktur her, denn es mangele an Abflussmöglichkeiten von der Autobahn in die Stadt. Er würde es begrüßen, wenn man beispielsweise an den entsprechenden Stadtrandgebieten Parkplätze baue, um von dort über Radwege zu den entsprechenden Jahreszeiten in die Stadt zu pendeln.

Carsten Löcker (SPD) hält Bodo Middeldorf entgegen, zwar übernehme das Land die Entflechtungsmittel; gleichwohl werde am Ende eine Menge Geld übrig bleiben, das die Koalition selbstverständlich gerne für ihre politischen Schwerpunkte nutze. Er möge aber nicht öffentlich den Eindruck erwecken, ohne das zusätzliche Geld einschließlich der erhöhten Steuereinnahmen zurechtzukommen, was er als Unsinn bezeichnet.

Auch lobe er die Landesregierung keinesfalls für ihren Haushaltsentwurf; im Plenum werde man sich die Zahl noch genauer ansehen, auf die es letztlich ankomme.

Klaus Voussem hält er entgegen, er trage gerne Prosa vor, während der Minister seine Arbeit mache, weil ihm viel Geld zur Verfügung stehe. Investitionssteigerungen halte seine Fraktion ausdrücklich für willkommen. Der Haushalt weise aber ein Ungleichgewicht mit Blick auf die immer wieder vorgetragene Verkehrswende, den ÖPNV usw. auf.

Klaus Voussem (CDU) listet auf, für besseren Radwegeverkehr in Nordrhein-Westfalen sehe man 47 Millionen Euro vor, für Radschnellwege 9,25 Millionen Euro, für den kommunalen Radwegebau mehr als 17 Millionen Euro, für Radwege an Bundesstraßen 8,5 Millionen Euro, für Radwege an Landesstraßen 12,4 Millionen Euro sowie noch Mittel aus anderen Ressorts wie beispielsweise 10 Millionen Euro aus dem MWIDE. Damit habe man 2018 177 km Radwege geschaffen, was man sicherlich noch steigern könne.

Die Verkehrsministerkonferenz habe die Ankündigung des Bundesverkehrsministers begrüßt, bis zum Jahr 2023 900 Millionen Euro deutschlandweit für den Radverkehr zur Verfügung zu stellen.

Sodann verweist er auf die ÖPNV-Offensive in Nordrhein-Westfalen, im Rahmen derer das Land 1 Milliarde Euro für die dringend erforderliche Erneuerung des Stadtbahn- und Straßenbahnnetzes zur Verfügung stelle, von denen im nächsten Jahr bereits 77 Millionen Euro abflössen.

Rund 100 Millionen Euro würden in den nächsten Jahren zudem in Schnellbuslinien fließen. Eine wichtige Ergänzung des ÖPNV könnten auch On-demand-Systeme darstellen; auch hier nutze man die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung stärker als je zuvor.

Er gibt zu bedenken, Rot-Grün hätte nicht nur auf eine Verbesserung beim Länderfinanzausgleich, sondern auf eine Verteilung der Bundesmittel nach dem Königsteiner Schlüssel hinwirken sollen, weil Nordrhein-Westfalen tatsächlich noch viel mehr zustehe. Wenn diese Mittel zusätzlich zur Verfügung stünden, würden in Nordrhein-Westfalen tatsächlich Milch und Honig fließen.

Er hält Andreas Keith entgegen, der Rückstau auf der Autobahn vor Düsseldorf liege nicht an der fehlenden Infrastruktur, sondern an der künstlichen Verknappung durch die Umweltspur, wenn auch die Infrastruktur in ihrem Umfang nicht der Verkehrszunahme der letzten Jahre entspreche. Die Umweltspur bringe die Pendlerinnen und Pendler „zu Recht auf die Palme“, habe aber nichts mit dem Haushalt für das Jahr 2020 zu tun.

(Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Grünen ab, siehe Vorlage 17/2685.)

Der Ausschuss stellt sein Benehmen zum Bauprogramm für das Jahr 2020 Vorlage 17/2650 fest.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den unveränderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 17/7200 sowie 17/7800 anzunehmen.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/7203 anzunehmen.